

Rhein-Berg 100

Der Newsletter Ihres Abgeordneten für den Wahlkreis 100 Dr. Hermann-Josef Tebroke



Eine Auswahl meiner nächsten Termine

22.10.2018 11:00 Uhr
Bürgersprechstunde Bergisch Gladbach, CDU-Center

14.11.2018 17:00 Uhr
Bürgersprechstunde Rösrath, Stadtteilbüro

17.12.2018 17:00 Uhr
Bürgersprechstunde Wermelskirchen, Stadtverwaltung, Raum 1.32

Kontakt

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon

(030) 227 - 7 95 47

Fax

(030) 227 - 7 05 48

E-Mail

hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Homepage

www.hermann-josef-tebroke.de

Wahlkreisbüro

Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Telefon

(02202) 9 36 95-30

Fax

(02202) 9 36 95-22

E-Mail

hermann-josef.tebroke.wk@bundestag.de

Sie haben mich als Ihren Vertreter in den Bundestag gewählt und als solcher ist mir der Austausch mit Ihnen wichtig. Sollten Sie Anregungen oder Fragen haben, freue ich mich, wenn Sie mit mir in Kontakt treten.



Liebe Leserinnen und Leser,

in der Hoffnung, dass Sie bisher einen schönen goldenen Oktober genießen konnten, darf ich Ihnen heute meinen aktuellen Newsletter übersenden. Sie finden darin eine kurze Stellungnahme meinerseits zu den im Raum stehenden Dieselfahrverboten. Auch mich treibt diese Thematik um, und ich bin mir darüber im Klaren, dass das ein wichtiges Anliegen für viele Bürgerinnen und Bürger ist. Des Weiteren darf ich Ihnen in gebotener Kürze das Familienentlastungsgesetz vorstellen. Hierbei handelt es sich um eine wichtige Maßnahme, um einerseits Familien steuerlich zu entlasten, aber andererseits auch jeden Steuerpflichtigen besserzustellen. Abschließend sei mir an dieser Stelle noch ein Wort zu den Ergebnissen der Landtagswahl in Bayern gestattet. Uns allen ist klar, dass die rhe-

torischen Debatten der letzten Wochen nunmehr endgültig der Vergangenheit angehören müssen und wieder einzig und allein die Sacharbeit im Fokus stehen muss. Ich bin mir sicher, dass uns dies als CDU/CSU-Bundestagsfraktion- gerade auch mit unserem neuen Vorsitzenden- gelingen wird. Ihnen wünsche ich eine angenehme Lektüre und freue mich auf eine Begegnung mit Ihnen im Wahlkreis oder in Berlin.

Herzliche Grüße

Ihr

Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

Familienentlastungsgesetz

Mit dem Familienentlastungsgesetz wird gerade das umgesetzt, was wir im Koalitionsvertrag erklärt haben: „Familien halten unsere Gesellschaft zusammen. Sie zu stärken und zu entlasten ist unser Ziel.“ Genau diese Maxime haben wir uns zu Eigen gemacht und ein Gesetzesvorhaben aufgelegt, das Entlastungen in Höhe von jährlich 9,3 Milliarden Euro beinhaltet. Ab dem 1. Juli 2019 wird das Kindergeld um zehn Euro steigen, für das erste und das zweite Kind mithin auf 204 Euro, für das dritte auf 210 Euro und das vierte und jedes weitere auf 235 Euro pro Monat. Ab dem Jahr 2021 kommt eine weitere Erhöhung in Höhe von 15 Euro pro Monat hinzu. Gleichzeitig wird auch der Kinderfreibetrag erhöht um jeweils knapp 200 Euro in den Jahren 2019 und 2020 auf dann insgesamt 7.812 Euro.

Des Weiteren gehen wir mit dem Familienentlastungsgesetz auch die kalte Progression an. Das ist eine Maßnahme, von der nicht nur Familien mit Kindern, sondern alle Einkommensteuerpflichtigen profitieren. Sie liegt mir besonders am Herzen, weil damit jeder

tatsächlich mehr von einem gesteigerten Bruttoverdienst hat. Ab Januar 2019 werden die Eckwerte der Einkommensteuer entsprechend der Inflation verschoben. Schließlich wird auch der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer erhöht. Im Jahr 2019 auf 9.168 Euro und im Jahr 2020 auf sodann 9.408 Euro. Das heißt konkret, dass erst ab einer Überschreitung dieser Grenzwerte das Einkommen überhaupt versteuert werden muss.

Ein ganz praktisches Beispiel: Eine Familie mit einem Jahreseinkommen von etwa 40.000 Euro wird pro Jahr circa 500 Euro sparen und hat zukünftig dieses Geld 1 zu 1 netto zusätzlich zur Verfügung. Natürlich ist das Familienentlastungsgesetz nur eine Maßnahme von vielen, die wir in der von uns geführten Koalition ergreifen wollen, um Familien zu entlasten. Ich bin mir aber sicher, dass dieses Gesetz eine wichtige, positive Weichenstellung mit sich bringt.

Dieselfahrverbote

In meinem ersten Jahr als Bundestagsabgeordneter wurde ich auf kein Thema so häufig angesprochen wie auf die geplanten Dieselfahrverbote. Hier ist es mir besonders wichtig, dass wir in der Diskussion zwei wesentlichen Stränge auseinanderhalten: Das eine ist die Frage nach den Nachbesserungen bei manipulierten Fahrzeugen. Das andere ist die Frage, wie wir mit den im Raum stehenden innerstädtischen Fahrverboten umgehen.

Zur ersten Komponente möchte ich auf eine Selbstverständlichkeit hinweisen: Es steht außer Frage, dass diejenigen Automobilhersteller, die Fahrzeuge mit manipulierter Software in den Verkehr gebracht haben, dafür die volle Verantwortung übernehmen müssen. So ist es ja auch bereits heute. 97 % aller Fahrzeuge mit manipulierter Software wurden mittlerweile mit einem Softwareupdate umgerüstet und die Strafverfolgungsmaßnahmen gegen die Verantwortlichen zeigen eindeutig, dass hier der Rechtsstaat durchgreift.

Die zweite Komponente ist leider komplexer. Es gibt rechtlich nämlich einerseits die Schadstoffgrenzwertklassen, in die PKW eingeordnet werden, beispielsweise Euro-4, Euro-5 oder Euro-6 mit tendenziell sinkenden Emissionen. Andererseits gibt es eine europäische Richtlinie, welche u.a. den EU-Grenzwert der Stickstoffdioxidkonzentration (NO₂) in der Außenluft definiert und zwar bei 40 Mikrogramm pro Kubikmeter (der Arbeitsplatzgrenzwert liegt übrigens bei 950 Mikrogramm pro Kubikmeter). Die meisten PKW entsprachen bei ihrer Zulassung den erstgenannten Grenzwerten, aber gleichwohl reichen die getroffenen Maßnahmen nicht aus,

um den Wert von 40 Mikrogramm in vielen Innenstädten einzuhalten. Feinstaub und Stickoxide resultieren sowohl aus Emissionen von PKW, aber auch aus Reifenabrieb, dem Ausstoß von konventionellen Kraftwerken und Heizsystemen. Die genannten Faktoren treffen natürlich gerade in Ballungsgebieten kumuliert zusammen.

Bei den diskutierten Fahrverboten ist zu berücksichtigen, dass es sich jeweils um eng umgrenzte Abschnitte von Straßen handelt und eben nicht um großflächige Zonen und Innenstadtbereiche. Das ist meiner Meinung nach besonders wichtig. Wir werden nach unseren Möglichkeiten auch das Nötige veranlassen, um mit flankierenden Maßnahmen eine Reduktion von Emissionen zu erreichen. Der Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer konnte in Verhandlungen mit der Automobilindustrie einige Austauschangebote erreichen. Insoweit gibt es nämlich – berechtigterweise – keine Rechtsansprüche gegen die Autohersteller. Vielmehr sind wir hier auf freiwillige Kooperation angewiesen. Ich hoffe sehr, dass wir mit vereinten Kräften die Einhaltung der Grenzwerte sicherstellen können. Innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion diskutieren wir gerade etwa über steuerliche Erleichterungen für energetische Sanierungen, um nicht nur den Diesel-PKW-Fahrer diese gesamtgesellschaftlichen Aufgabe aufzuerlegen, sondern um entsprechende Anreize zu setzen, sodass perspektivisch die Emissionen sinken. Die Anzahl der E-Autos hat sich in den letzten fünf Jahren nahezu verzehnfacht und wir bauen auch infolge von Fördermaßnahmen darauf, dass sich diese Steigerung in den kommenden Jahren fortsetzt.

Zitat des Monats:

„Das Schwierigste ist die Entscheidung zu Handeln, der Rest nur Hartnäckigkeit.“
– Amelia Earhart

Praktikumsbericht

Patrick Imcke* schreibt:

In den letzten zwei Wochen hatte ich die Gelegenheit ein Praktikum bei Herrn Dr. Tebroke im Bundestag zu absolvieren. „Geld ist nicht das Wichtigste. Sondern Gold“, erfuhr ich schon am ersten Tag von einem Praktikanten der FDP bei der Ausgabe der Hausausweise. Schnell waren die ersten Whatsapp-Kontakte mit den anderen Neulingen ausgetauscht und es wurde zum nächsten Stammtisch eingeladen.

Zurück im Büro wartete auch schon die erste Aufgabe auf mich. Das Aufbereiten von Unterlagen für die kommende Sitzung des Finanzausschusses. Tatsächlich durfte ich nicht nur bei der Vorbereitung der Sitzung helfen, sondern auch Herrn Dr. Tebroke dorthin begleiten. Der

politische Höhepunkt stand am vorletzten Tag meiner Praktikumszeit an. Unserem Büro wurde am Freitag zuvor mitgeteilt, dass es einen Antrag der FDP-Fraktion geben würde. Herr Dr. Tebroke sollte dazu eine Rede halten. Das Thema war „Zukunftsoffensive Gründerkultur-Mehr Investitionen in Startups und Wettbewerbsfähigkeit für den Finanzplatz Frankfurt“. Nun galt es Vorbereitungen zu treffen, solange die FDP die Veröffentlichung noch taktisch hinauszögerte. Nun begann die Recherche von Fakten, die Identifikation von möglichen Angriffspunkten in der Arbeit der Bundesregierung und die Vorbereitung von Gegenargumenten. Keine Einführung eines Digitalministeriums, zu wenig Wagniskapital für Startups und weitere

Kritikpunkte der FDP mussten argumentativ entschärft und unsere Antworten rhetorisch ausgeschmückt werden.

Donnerstag, 21:15 Uhr: Mit Spannung verfolgen mein Kollege Scott Usatorres und ich, von den Zuschauerrängen aus, die Rede. Die FDP stellt eine Zwischenfrage. Doch wir sind vorbereitet. Anhand eines Instagram-Beitrags der FDP-Bundestagsfraktion hatte ich bereits antizipiert, dass die FDP diesen Vergleich anbringen würde. Herr Dr. Tebroke beantwortet die Frage souverän.

Rückblickend war es eine spannende Erfahrung einen Blick hinter die Kulissen des Bundes

tages werfen zu können. Politik funktioniert anscheinend doch nicht immer nur so wie in dem Politikthriller House of Cards.

*Herr Imcke hat sein zweiwöchiges Praktikum bei mir im Zeitraum vom 08. bis 19. Oktober 2018 absolviert. Wenn Sie sich auch für ein Praktikum in meinem Berliner Abgeordnetenbüro interessieren, schicken Sie gerne Ihre Bewerbung an: hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Auszug aus meiner Rede im Bundestag*

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Unionsfraktion begrüßen wir grundsätzlich jede Initiative und insofern auch den vorliegenden Antrag der FDP – insoweit er darauf ausgerichtet ist, die Maximen unserer sozialen Marktwirtschaft zu unterstützen. Dazu erstens. Jawohl, wir sind davon überzeugt, dass für die Entwicklung der Wirtschaft und des Wohlstands in unserem Land erfolgreiche Unternehmen wichtig sind. Und ja, wir sind davon überzeugt, dass wir Innovationsfähigkeit und Innovationsbereitschaft benötigen, um auch zukünftig wettbewerbsfähig zu sein. Meine Damen und Herren, wir sind auf einem guten Weg. In einer aktuellen Studie des Weltwirtschaftsforums hat die Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Stabilität Platz drei belegt und hinsichtlich der Innovation den Platz eins. Der BDI titelt: Innovationsweltmeister. Zweitens. Wir setzen dabei auf junge Unternehmen und innovative, mutige Unternehmerinnen und Unternehmer. Sie verdienen unsere Anerkennung. Sie verdienen aber auch unsere Unterstützung, Beratung, Netzwerke und natürlich auch Kapital – eine agile Gründerszene eben. Die Gründerszene, meine Damen und Herren, ist, drittens, agil. Damit widerspreche ich dem Antragsteller, der den Eindruck erweckt, als müsste man den neuen Gründergeist, die neue Gründerkultur erst schaffen. Das ist nicht richtig, und das ist auch nicht gerecht gegenüber denjenigen, die sich

über viele Jahre erfolgreich in der Gründerszene engagieren. Nehmen Sie die letzten 20 Jahre, gerade auch die Zeit seit 2008/2009. So die Entwicklung im Business Angels-Markt: Sie begann analog und ist jetzt zunehmend digital.

Nehmen Sie die Angebote der Existenzgründungsberatung in den Wirtschaftsförderungsgesellschaften und den Einrichtungen des Handwerks. Nehmen Sie den Europäischen Investitionsfonds, INVEST, EXIST, die KfW-Gründerplattform, die Zusammenarbeit mit den Bürgschaftsbanken oder aber die Initiativen, die sehr wohl existieren, von Verbänden und von Unternehmen – vielleicht ist Ihnen das nicht so bewusst geworden –, die darauf setzen, mit den Schulen finanzielles Wissen zu vermitteln und Unternehmergeist zu begründen. Ich finde, dass diese Initiativen und Akteure durchaus Anerkennung verdienen für das, was sie für die Gründerszene unternommen haben. Viertens, meine Damen und Herren von der antragstellenden Fraktion: Die Koalition ist längst in der Gründerszene unterwegs. Das zeigt nicht nur der aktuelle Koalitionsvertrag. Der Kollege Hauptmann wird sicherlich auf den einen oder anderen Aspekt gleich noch eingehen.

* Das gesamte Protokoll der Rede finden Sie unter:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19058.pdf>

Einblicke



Treffen der AG Kommunales mit der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Kanzleramt



Praktikant Patrick Imcke und ich auf dem Dach des Reichstagsgebäudes (Foto: Michael Wittig)



Abstimmung im Plenum (Foto: Michael Wittig)



Spannende Diskussionen in der AG Finanzen (Foto: Michael Wittig)